

EICHWALDER BÜRGERINITIATIVE FÜR FLUGSICHERHEIT, ECHTEN SCHALLSCHUTZ UND NACHTFLUGVERBOT

in der Bürger-Initiative NOTWEHR Anlieger BER Ost-West-Aktions-Gemeinschaft,

Dr.-Ing. Günter Briese

E-Mail: drgbriese@gnail.com Mobil: 0173 / 644 78 03.

in enger Zusammenarbeit mit der SCHULZENDORFER INTERESSENGEMEINSCHAFT GEGEN FLUGLÄRM

und der INTERESSENGEMEINSCHAFT ALTANSCHLIESSER SCHULZENDORF (IGAS),
Stübenrauchstraße 71, 15732 Eichwalde

EUROPÄISCHES PARLAMENT
- Petitionsausschuß -
Vorsitzende, Frau Cecilia Wikström
rue Wiertz
B-1049 B r ü s s e l
BELGIEN

Eichwalde, den 12. Februar 2017

A. Z. : : : Io + EG

Ihr Schreiben vom 7. Februar 2016 (E-Mail)

Ihr Zeichen 1077756DE.doc (77KB) Mitteilung an die Mitglieder mit
Anlage Schreiben der Europ. Kommission v. 30.10.2015*)

Mein Schreiben vom 8. und 2. August 2016, 10. Juli 2016, 27. u. 18.
Juni 2016 und vom 7. Januar 2016 mit Anlagen vom 4., 5. und 6.
Januar 2016 sowie Schreiben vom 28. August 2015 u. 12. März 2014
*) PE571voI-00

P e t i t i o n N r. 1 0 0 2 / 2 0 0 4,

EU-Beihilfeverfahren SA.36263 (2013/CP) und

EU-Beihilfeverfahren SA.35378 (2012 / N) für den

Flughafen Berlin-Brandenburg (BER) ;

B e s c h w e r d e bezüglich Fehlinformation:
und EU-Rechtswidersprüchlichkeit der Entscheidung

der EU-Kommission gem. Pressemitteilung vom
3. August 2016;

A n m a h m u n g einer Antwort

Sehr geehrte Frau Vorsitzende.

hiermit gestatte ich mir, die noch immer ausste-
hende Antwort auf mein Schreiben vom 8. August 2016
anzunehmen.

Auch von der GD Wettbewerb der EU-Kommission liegt mir dazu
bisher noch keine Antwort vor.

Dies widerspricht nicht nur der erfolgten Informationszusage,
sondern auch der letzten Nachricht der GD Wettbewerb der EU-
Kommission in verfahrenstechnischer, terminlicher wie fachspe-
zifischer Hinsicht.

- 1969-2014 45 Jahre Autor zu Volkswirtschaftsthemen in zwei Wirtschaftssystemen
- 1952 Betrieblicher Techniker-Abschluß, Elektro-Apparate-Werke Berlin-Treptow
- 1957 Ing. für elektrische Anlagen und Geräte, Fachschule für Schweißschneiden und Elektroschweiß Berlin-Lichtenberg
- 1973 Hochschul-Ing. für Elektro-Technologie, Humboldt-Universität zu Berlin, Sekt. Elektronik
- 1973-75 Diplomierung und Promotion als Externer mit Untersuchungen zur Systemfunktionsbeurteilung von Entwurfsprozessen aller Art mit Hilfe von heuristischen, Simulations- und algorithmischen Programmen
- 1972, 1974 Fichtpreisträger und Humboldtpreisträger der Humboldt-Universität zu Berlin
- 1957-64 Assistent-Dozent für Mathematik, Physik und technische Fächer
- 1950-95 Rechtsreferent und Bearbeiter juristischer Grundstofffragen im DEUTSCHEN HOCHSCHULEN (DHS) Lehr- und Vortragstätigkeit zu allgemeinen Rechts- und Sozialfragen im Auftrag des Landesocialisten Cottbus
- 1953-73 Selbständiger Konstrukteur
- 1973-91 Ingenieur für erddeckungsbegleitende Standortfotografie/Kartierung
- 1994 Bauleitplaner

im 1960 Veröffentlichung "Zum Thema Produktivitätsverluste" mit der Berechnung möglicher fertigungsbedingter Maßabweichungen für Typen, Sorten und Chargen für Duroplast-Fensterprofile, HASPEL UND KAUERICH

1966 Wissenschaftliche Arbeit zum Schutze der Volkswirtschaft gegen den Sinken des wissenschaftlich-technischen Niveaus zu Austauschplan- und Passungssystemen (Verhinderung der Einführung des sowjetischen Ost-Toleranz- und Passungssystemen zugunsten der Einführung des internationalen ISA/ISO-Toleranz- und Passungssystemen)

1969-70 Leiter privater interdisziplinärer Forschungsgruppe zur Studie zur Substitution von Metall durch Plast in der Volkswirtschaft I.A. des ASW Berlin
(Teil I: Ermittlung erforderlicher Aufgaben für Forschung/Entwicklung und Standardisierung, Teil II: Erdeckungs-Aufgabenfolge-Netzplan, Kosten-Nutzen-Analyse) mit dem Co-Autorin Dr. Wilfried Schauf, Zentrallaborleiterin für Plastverarbeitung Leipzig und Dipl.-Phys. Dieter von Stromsdorf, III Dresden

1969-69 Berechnung der Relation von geometrischer Toleranz (statist. Methode) zu mathematischer Toleranz (worst-Case-Methode) für Maßketten zur Erzielung von Fertigungskostenminderung durch größere Bauteiltoleranzen (unveröffentlicht, aber erprobt)

im 1970 Ermittlung der Parameter des Elastizitätsprozesses von Duroplastfenstern aus Abmaß-Blüßigkeiten-Verteilungen, Erfindungswortung der Sektion Plastverarbeitungstechnik einer der internationalen Fachzeitschriften HASPEL der Kammer der Technik, Dresden

im 1975 Analyse des volkswirtschaftlichen Planungsplans der Sowjetunion im Rahmen des Promotorenverfahrens, Humboldt-Universität zu Berlin

1980 Wissenschaftliche Arbeit zum Schutze der Volkswirtschaft gegen den Sinken des wissenschaftlich-technischen Niveaus (Verhinderung der Einführung der sowjetischen Zuverlässigkeitsmethoden in der Maß-, Steuer- und Regelungs-technik)

1980 Dissertationaufzeichnung in FEINERTECHNIK 29(1980) H.4 S.182

Jan. 1990 Vorschläge zum Übergang der Volkswirtschaft von der Planwirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft mit ökonomischen Skizzen über NEUES FORM an Zentralen Runden Tisch und Regierung

1996/97 Vorschlag zur Einführung einer Tobin-Steuer (Spekulations-Steuer) und eines neuen Bretton-Woods-Abkommens (Fests Wechselkurse) an die Oppositions-Parteien des Deutschen Bundestages zur Beilegung von Globalisierungsproblemen noch vor der EURO-Einführung

2003-04 Vorschläge zur Einführung des Bruttoeinkommensteuers (BEP) als volkswirtschaftliche Kenngröße für den Beitritt zur EURO-Zone an die Bundesregierung und an die Landesregierung Brandenburg

2008-09 Vorschläge zu kurz- und mittelfristigen Maßnahmen für die Beilegung der Welt-Finanz- und -Wirtschafts-Krisen sowie zur Vermeidung ähnlicher Krisen

1994-2014 Kritischer Begleiter des Entwurfsprozesses Flughafen Berlin Brandenburg International (BER) durch Veröffentlichungen, Petitionen, Vorträge, Vorschläge, Auswertungen und Presse-Informationen und -Erläuterungen im Rahmen der EICHWALDE BEI FÜR FLUGSICHERHEIT, ECHTEN SCHALLSCHUTZ UND NACHTFLUGVERBOT in der Bürger-Initiative NOTWEHR Anlieger BER

2015 In enger Zusammenarbeit mit der SCHULZENDORFER INTERESSENGEMEINSCHAFT GEGEN FLUGLÄRM (vgl. <http://berlin-brandenburg-21.de> sowie www.eichwalde.com und www.hvbb-ev.de)
Auszeichnung zum 50. Eichwalder Rosenfest mit der EHRENMEDAILLE FÜR BESONDERE VERDIENSTE UM DIE GEMEINDE EICHWALDE durch wissenschaftliche Arbeit

Dazu wurden zwischenzeitlich infolge der neuen BER-Eröffnungsterminverschiebung auf bisher unbestimmte Zeit alle meinerseits bereits durch Entfall der BER-Südbahn-Nutzung bereits als zu optimistisch eingeschätzten Wirtschaftlichkeitsberechnungen weiter beeinträchtigt, so daß eine nach EU-Recht illegitime BER-Dauersubventionierung mit öffentlichen Mitteln als völlig unausweichlich erscheint.

Angesichts der ferner immer größer werdenden Projekt-Risiken, u.a. auch durch inzwischen bereits acht Klagen vor dem Bundesverfassungsgericht gegen Planfeststellungsbeschuß wie BER-Betriebsgenehmigung wird hiermit nochmals um Nachricht zu den vielerlei benannten Widersprüchen sowie um ein Herantragen der Problematik an das Europäische Parlament gebeten, weil gerade auch in der jetzigen problemreichen Situation der Europäischen Union rechtskonforme Verfahrensweisen als für den Zusammenhalt der Union unerlässlich erscheinen.

Dies auch deshalb, weil wegen des inzwischen festgestellten Fehlens von abschließenden Nachweisen zur Umweltverträglichkeitsprüfung für das BER-Projekt inzwischen auch an die GD Umwelt der Europäischen Kommission herangetreten wurde und die Situation inzwischen als so völlig obskur erscheint, daß sogar schon von verschiedener Seite eine Unterdenkmalsschutzstellung des BER beantragt wurde - selbst die Flughafengesellschaft spricht ja schon seit langem von einer "Rekonstruktion im Bestand"!

Näheres hierzu bitte ich den Anlagen zu entnehmen. In der Hoffnung auf baldige Nachricht verbleibe ich

mit freundlichen Grüßen



Dr.G.Briese, EICHWALDER BI FÜR FLUGSICHERHEIT,
ECHTEN SCHALLSCHUTZ UND NACHTFLUGVERBOT

A n l a g e n v e r z e i c h n i s :

- Anl.XXI-1 Schreiben vom 11.Februar 2016 an die Europäische Kommission, GD Umwelt, zur Substantivierung von Rechtsverletzungen gegen die UVP-Richtlinie 2011/92/E
- Anl.XXI-2 Presse-Mitteilung vom 8.Februar 2017 zur Rechtssituation im Land Brandenburg: Adieu Rechtsstaat ? - Gedanken zu aktuellen Pressemeldungen der letzten Tage - (mit aktuellen Hinweisen auf Grundgesetzesverletzungen und EU-Rechtsverletzungen zu Grundrechten der Bürger), S-1-5 und 7-10
- Anl.XXI-3 Beitrag "BER-Eröffnung 2018 statt 2013 ? - zu ... MAZ 21.05.2012 S.5 - " vom 23.05.2012 mit Nachwort vom 23.03.2015 (zu Eröffnungstermin-Abschätzungen)
- Anl.XXI-4 Flughafen-Vertreter brüskiert Abgeordnete, MAZ 26.01.2017, S.13 (Hintergrundinformation: erst 213 Objekte von zigtausenden erhalten bisher Schallschutz, welcher nach aktuellem Urteil zum DIN-Lüftungskonzept-Erfordernis sowie weiterer Rechtsverstöße "auf Anfang" zurückgeworfen worden ist!)
- Anl.XXI-5 Schreiben vom 1.Februar 2017 an das Brandenburgische Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum (BLDAM) (Hintergrundinformation: zum Nachweis der inzwischen überwiegend rechtsbezogenen Problematik des BER-Projektes)
- Anl.XXI-6 Schreiben vom 27.Januar 2017 an das Brandenburgische Landesamt für Denkmalspflege und Archäologisches Landesmuseum (BLDAM) (Hintergrundinformation zum Antragsteller, zur aktuellen BER-Projekt-Lage und Eröffnungstermin-Folgerungen aus aktuellen FBB-Daten -ohne Gewähr -)

EICHWALDER BÜRGERINITIATIVE FÜR FLUGSICHERHEIT, ECHTEN SCHALLSCHUTZ UND NACHTFLUGVERBOT

in der Bürger-Initiative NOTWEHR Anlieger BER Ost-West-Aktions-Gemeinschaft,

Dr.-Ing. Günter Briese

E-Mail: drgbriese@gmail.com Mobil: 0173 / 644 78 03

in enger Zusammenarbeit mit der SCHULZENDORFER INTERESSENGEMEINSCHAFT GEGEN FLUGLÄRM,

Stubenrauchstraße 71, 15732 Eichwalde

EUROPÄISCHE KOMMISSION, GD Umwelt
Direktion E, Referat ENV.E3,
Herrn Referatsleiter Paul Speight

Rue de la Loi 200

B-1049 B r ü s s e l

BELGIEN

Eichwalde, den 11. Februar 2017

Az. Io. + EG

Ihr Schreiben vom 24. November 2016 an Herrn Dr. Schallehn

Ihr Zeichen Ares (2016) 64 25 652

Mein Schreiben vom div. an GD Wettbewerb der Europ. Kommission

Sehr geehrter Herr Speight,

hiermit gestatte ich mir, Ihnen nach Kenntnisnahme Ihres vorgeschriebenen Schreibens zum

Flughafen Berlin-Brandenburg "Willy Brandt" (BER)

zu Verstößen gegen die UVP-Richtlinie 2011/92/EU

zur Substantivierung von Rechtsverletzungen

mitzuteilen, daß der Generaldirektion Wettbewerb der

Europäischen Kommission zu vorgeschrieben. Betreff

bereits vielerlei Unterlagen i. Vbdg. mit den

Beihilfeverfahren SA.35378 (2012 / N) und


SA.36263 (2013 / CP) mit der Petition Nr.1002/2004

übermittelt wurden,

Hiermit bitte ich Sie, dies allen zuständigen

Kommissaren zu übermitteln.

Mit freundlichen Grüßen


Dr. G. Briese, EICHWALDER BI FÜR FLUGSICHERHEIT,
ECHTEN SCHALLSCHUTZ UND NACHTFLUGVERBOT

- 1969-2014 45 Jahre Autor zu Volkswirtschaftslehren in zwei Wirtschaftssystemen
- 1952 Betrieblicher Techniker-Abschluß, Elektro-Apparate-Werke Berlin-Treptow
- 1957 Ing. für elektrische Anlagen und Geräte, Fachschule für Schweißarbeiten und Elektrotechnik Berlin-Lichtenberg
- 1973 Hochschul-Ing. für Elektronik-Technologie, Humboldt-Universität zu Berlin, Sek. Elektronik
- 1973-75 Diplomierung und Promotion als Erzieher mit Untersuchungen zur Systemisierbarkeit von Herstellungsprozessen aller Art mit Hilfe von heuristischen, Simulations- und algorithmischen Programmen
- 1972, 1974 Pflanzzeitträger und Hochschulzeitträger der Humboldt-Universität von Berlin
- 1957-64 Akademie-Dozent für Mathematik, Physik und technische Fächer
- 1990-96 Rechtsberater und Bearbeiter juristischer Grundsetzungen im DEUTSCHEN RECHTSLEHRE (DRS)
- 1994 Lehr- und Vortragstätigkeit zu allgemeinen Rechts- und Sozialfragen im Auftrage des Landesparlamentes Cottbus
- 1953-73 Selbständiger Konstrukteur
- 1973-91 Ingenieur für entwicklungsbegleitende Standardisierung/Konstruktion
- 1994 Bauleitplaner
- um 1990 Veröffentlichung "Zur Thesen Preistrifffulleranzien" mit der Berechnung möglicher fertigungsbedingter Maßabweichungen für Typen, Sorten und Chargen für Duroplast-Fensterprofile, MASSE UND KAUTSCHUK
- 1966 Wissenschaftliche Arbeit zum Schutze der Volkswirtschaft gegen den Sinken des wissenschaftlich-technischen Niveaus aus Austauschbeziehungen (Verhinderung der Einführung des sozialistischen Ost-Toleranz- und Passungssystems zugunsten der Einführung des internationalen ISA/ISO-Toleranz- und Passungssystems)
- 1969-70 Leiter privater interdisziplinärer Forschungsgruppe zur Studie zur Substitution von Metall durch Plastik in der Volkswirtschaft I.A. des ASW Berlin (Teil I: Ermittlung erforderlicher Aufgaben für Forschung/Entwicklung und Standardisierung, Teil II: Entwicklungs-Aufgabenfolge-Netzplan, Kosten-Nutzen-Analyse) mit den Co-Autoren Dr. Wilfried Scheef, Zentrallaboratorium für Kunststoffverarbeitung Leipzig und Dipl.-Phys. Dieter von Strausz, TU Dresden
- 1968-69 Berechnung der Relation von geometrischer Toleranz (statist. Methode) zu arithmetischer Toleranz (norm. Ober-Methode) für Maßketten zur Reduzierung von Fertigungskostenminderung durch größere Toleranztoleranzen (unveröffentlicht, aber erprobt)
- um 1970 Ermittlung der Parameter des Elastizierungsprozesses von Duroplastfenstern aus Abmaß-Ähnlichkeits-Verteilungen, Eröffnungsvortrag der Sektion Kunststoffverarbeitungstechnik einer der internationalen Fachtagungen KASTJUBILÄUM der Konstr. der Technik, Dresden
- um 1975 Analyse des volkswirtschaftlichen fünfjährigen Planes der Sowjetunion im Rahmen des Promotionsverfahrens, Humboldt-Universität zu Berlin
- 1980 Wissenschaftliche Arbeit zum Schutze der Volkswirtschaft gegen den Sinken des wissenschaftlich-technischen Niveaus (Verhinderung der Einführung der sozialistischen Zulässigkeitsmethoden in der Maß-, Steuer- und Regelungstechnik)
- 1990 Dissertationaufzeichnung in FEINERRECHNUNG 29(1987) H.4 S.182
- Jan. 1990 Vorschläge zum Übergang der Volkswirtschaft von der Finanzwirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft mit ökonomischen Skizzen über BEIDES FORN an Zentralen Runden Tisch und Regierung
- 1996/97 Vorschlag zur Einführung einer Tobin-Steuer (Spekulations-Disziplin) und eines neuen Bretton-Woods-Abkommens (fests Wechselkurs) an die Oppositions-Parteien des Deutschen Bundestages zur Beilegung von Globalisierungsproblemen noch vor der EURO-Einführung
- 2003-04 Vorschläge zur Einführung des Brutto-Produkt (BSP) als volkswirtschaftliche Kenngröße für den Beitritt zur EURO-Zone an die Bundesregierung und an die Landesregierung Brandenburg
- 2008-09 Vorschläge zu kurz- und mittelfristigen Maßnahmen für die Beilegung der Welt-Finanz- und Wirtschafts-Krisen sowie zur Vermeidung ähnlicher Krisen
- 1994-2014 Kritischer Begleiter des Entwurfsprozesses Flughafen Berlin Brandenburg International (BER) durch Veröffentlichungen, Petitionen, Vorträge, Vorschläge, Assessments und Presse-Informations und -Erklärungen im Rahmen der EICHWALDE BI FÜR FLUGSICHERHEIT, ECHTEN SCHALLSCHUTZ UND NACHTFLUGVERBOT in der Bürger-Initiative NOTWEHR Anlieger BER
in enger Zusammenarbeit mit der SCHULZENDORFER INTERESSENGEMEINSCHAFT GEGEN FLUGLÄRM (vgl. <http://berlin-brandenburg-21.de> sowie www.eichwalde.com und www.brib-ev.de)
- 2016 Auszeichnung zum 50. Eichwalder Rosenfest mit der EHRENMEDAILLE FÜR BESONDERE VERDIENSTE UM DIE GEMEINDE EICHWALDE durch wissenschaftliche Arbeit

EICHWALDER BÜRGERINITIATIVE FÜR FLUGSICHERHEIT, ECHTEN SCHALLSCHUTZ UND NACHTFLUGVERBOT
in der Bürger-Initiative NOTWEHR Anlieger BER Ost-West-Aktions-Gemeinschaft,
c./o. Stubenrauchstr.71, 15732 Eichwalde,
in enger Zusammenarbeit mit der SCHULZENDORFER INTERESSENGEMEINSCHAFT GEGEN FLUGLÄRM
und der Interessengemeinschaft Altanschließer Schulzendorf (IGAS)

Eichwalde, am 8. Februar 2017
Az.: Io + EG

P R E S S E - M I T T E I L U N G

zur Rechtssituation im Land Brandenburg: Adieu Rechtsstaat ?
- Gedanken zu aktuellen Pressemeldungen der letzten Tage -

Die Nachrichten der letzten Tage erscheinen als durchaus geeignet, den Bürger zu erschrecken und zur Frage zu drängen, ob sich nicht die Väter des Grundgesetzes im Grabe umdrehen würden, wenn ihnen all dies noch zu Ohren käme ! Denn Verletzungen des Grundgesetzes durchziehen inzwischen schon alle Ebenen des Staates, wie nachstehend belegt.

Der Bürger wird von den Behörden weitgehend bezüglich der Durchsetzung seiner Grundrechte allein gelassen, wie der Beitrag "Schamloser Umgang mit Schallschutz. Zu 'Ehebett paßt nicht ins Schallschutzkonzept' /1/ zum Verhalten der FBB GmbH verdeutlicht - es fühlt sich offensichtlich niemand angesprochen !

So müssen nun also Bürger unterstützt von VdGN und BVBB über die Kanzlei BAUMANN RECHTSANWÄLTE Partnerschaftsgesellschaft mbB vielerlei Klagen erheben, um das schamlose Wirken der Flughafengesellschaft zu korrigieren /2/.

Aber Bürger werden i.Vbdg. mit dem BER-Projekt nicht nur zum Schall - schutz in ihren grundgesetzlichen Rechten verletzt, sondern eigentumsbezogen auch durch den MAWV, indem er durch Verweigerung der Zulassung von Klagegemeinschaften nach dem Verwaltungsrecht gegen grundgesetzeswidrige Beitragsgebührenerhebungen bei Altanschließern und EU-Rechts-Verletzungen zu Beiträgen und Gebühren aller Haushalte wegen bisherigem Leugnen der Rechtsgültigkeit der EU-Wasserrahmenrichtlinie, welche ein Mindest-Splitting nach dem Verursacherprinzip in Industrie, Haushalte und Landwirtschaft schon seit 2010 vorschreibt! Und dies betrifft auch Neuananschließer. Und niemand schreitet dagegen ein !

Vielmehr beschloß man bei der Novellierung des Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit (GKG) des Landes Brandenburg 2014 sogar den Ausschluß von ehrenamtlichen Bürgermeistern z.B. von MAWV-Verbandsversammlungen, wie aus dem Beitrag "Gemeinden erringen Sieg gegen das Land. Ehrenamtliche Bürgermeister haben in den Zweckverbänden wieder eine Stimme - Landesverfassungsgericht kippt Gesetzesänderung von 2014" /3/ hervorgeht.

Damit ist allerdings das vom Land zu verantwortende Rechtschaos zu Anschlußbeiträgen noch lange nicht gelöst, wie der Beitrag "Rechtschaos um Altanschießer - Brandenburg: Nach dem Karlsruher Urteil handelt jeder Zweckverband auf eigene Faust. Die Lösung kann nur eine flächendeckende Umstellung auf Gebührensysteme sein" /4/, verdeutlicht.

Denn nun fordern nicht nur Neuanschießer beim TAVOB Bad Freienwalde jetzt Gleichbehandlung, nachdem dort alle Altanschießer ihr Geld zurückbekommen /4/, sondern Alt- wie Neuanschießer fordern nun auch beim MAWV eine Rückzahlung bzw. Neuberechnung gemäß dem Verursacherprinzip entsprechend EU-Vorschriften nach dem Staatshaftungsrecht /5/ !

Und die Landesregierung hüllt sich weiter in Schweigen!

Und dies, obwohl durch ihr Nicht- bzw. Fehlhandeln die Gerichte längst überfordert sind, bisher meist auf Verwaltungsgerichte beziehbar - aber nun kommt durch Klagen nach dem Staatshaftungsgesetz auch auf die Zivilgerichte eine neue Prozeßwelle zu, wenn das Land nicht endlich Klarheit i.S. von Rechtssicherheit für die Bürger gem. GG und EU-Recht schafft!

Stattdessen müssen nun in Brandenburg Richter, Staatsanwälte und weitere Justizbeamte gegen die anhaltende Rotstiftpolitik der Landesregierung auf die Straße gehen - ein m.W. noch nie dagewesener Vorfall /6/ !

Und Bürger Kleinmachnows mußten nach einer Fehlentscheidung des OVG Berlin-Brandenburg, man hätte ja gegen die Flugrouten über Kleinmachnow zum PFB Einspruch erheben können, obwohl damals noch gar keine diesbezügliche Betroffenheit voraussehbar war, beim Bundesverfassungsgericht Klage gegen den PFB einreichen wegen der darin fehlenden Flugrouten /7/.


Nicht umsonst hat Pabst Benedikt XVI bei seinem Besuch in Deutschland am 22.September 2011 im Deutschen Bundestag gemahnt: "Nimm das Recht weg - was ist dann ein Staat noch anderes als eine große Räuberbande" /7/.

Das gilt auch für den nach Ex-Ministerpräsident Dr.Manfred Stolpe "unmenschlichen Hauptstadtflughafen Schönefeld" /7/.

Für diesen ist aber als Eigner auch die Bundesregierung zuständig, welche neben Klagen der Europäischen Kommission zum Umweltrecht in Deutschland nun auch noch der Generalanwalt des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) Paolo Mengozzi an die Einhaltung der EU-Grundrechte erinnerte und dies anmahnte /8/.

Und wo bleibt bei alledem die Kontrolle der Exekutive, der Kommunalverbände, der Landesregierung wie der Bundesregierung ?

Wann besinnen sich endlich unsere Abgeordneten in Land und Bund auf ihr Mandat zur Kontrolle der Regierungen in Bund und Ländern bezüglich ihres Tun und Lassens in Übereinstimmung mit dem Grundgesetz und übergeordnetem europäischen Recht ? Gibt es deshalb bei den Parteien nun Nachwuchsorgen /9/ ? Fühlen sich unsere Abgeordneten im Zeitalter der Globalisierung wie der postfaktischen Denkweise nicht mehr an das Grundgesetz gebunden ? Viele Fragen, welche einer Beantwortung bedürfen !


Dr.G.Briese, EICHWALDER BI FÜR FLUGSICHERHEIT,
ECHTEN SCHALLSCHUTZ UND NACHTFLUGVERBOT

L i t e r a t u r v e r z e i c h n i s :

- /1/ Dr.Schallehn: "Schanloser Umgang mit Schallschutz - zu Enebett paßt nicht ins Schallschutzkonzept", MAZ 25.01.2017, S.17 - ", MAZ 6.Februar 2017, S.19
- /2/ Schallschutz durchsetzen - Berlin: VöGN und BVBB unterstützen BER-Anwohner gegen Flughafengesellschaft, Das Grundstück Journal des VöGN 1-2017 S.05
- /3/ Anja Meyer: "Gemeinden erringen Sieg gegen das Land - Ehrenamtliche Bürgermeister haben in Zweckverbänden wieder eine Stimme - Landesverfassungsgericht kippt Gesetzesänderung von 2014", MAZ 2.Februar 2017 S.15
- /4/ Rechtschaos um Altanschließer - Brandenburg: Nach dem Karlsruher Beschluß handelt jeder Zweckverband auf eigene Faust. Die Lösung kann nur die flächendeckende Umstellung auf Gebührensysteme sein." Das Grundstück Journal des VöGN 1-2017 S.06
- /5/ Dr.Günter Briese, Information vom 14.12.2016 bezogen auf den MAW: Abwasserbeitrags-Teilrückerstattung für Neuanschließer nach dem Staatshaftungsgesetz
- /6/ Richter und Justizbeamte protestieren gegen Abbau, MAZ 7.Februar 2017 S.10
- /7/ Pressemitteilung der BI Kleinmachnow gegen Fluglärm vom 8.Februar 2017: Hauptstadtflughafen BER in Berlin-Schönefeld. Neue Verfassungsbeschwerde gegen die Betriebsgenehmigung
- /8/ Nahaufnahme. Der Grenzöffner, MAZ 8.Februar 2017, S.5
- /9/ Politisch, jung, gesucht. Fast alle Parteien werden von Nachwuchssorgen geplagt, bei einigen nimmt der Mitgliederchwund schon dramatische Züge an. Verfasser: Oliver Fischer, MAZ 24.Januar 2017 S.25, Dahme-Fläming

BER - Eröffnung 2018 statt 2013 ?

- zu "Keinen blassen Schimmer", MAZ 22.05.2013 S.5 und

"Riskante Finanzierung", MAZ 21.05.2012 S.5 -

.....
Da aus der Regierungserklärung von Ministerpräsident Platzeck am Montag, den 21. Mai 2012 im Parlament außer den Brandschutz-Mängeln nichts Konkretes als Ursache der BER-Eröffnungstermin-Verschiebung genannt wurde, auch nicht seitens anderer Mitglieder der Regierungsfractionen, bleibt dem Bürger nur der Weg, andere Informationsquellen wie Presse, Funk und Fernsehen zu nutzen, wenn er sich ein eignes Bild machen will.

"Ist der neue geplante Eröffnungstermin März 2013 real?" ist die Frage, die nun viele Bürger beschäftigt. Nein, er ist nicht real, wenn man von in der ZDF-Sendung "FRONTAL 21" am 22.05.2012 genannten Daten ausgeht! Der international bekannte Flughafen-Planer Dieter Faulenbach da Costa führte aus, daß nach der baulichen Fertigstellung eines Flughafens noch 9 bis 12 Monate für Erprobung und Zertifizierung erforderlich sind, ehe ein Flughafen in Betrieb gehen kann. Wäre der Flughafen am 3. Juni 2012 schon wenigstens baulich fertig gewesen, hätte die Eröffnung also frühestens im März 2013, wie nun geplant, stattfinden können - vielleicht aber auch erst Anfang Juni 2013. Aber er ist ja noch lange nicht fertig! Geht man davon aus, daß die Brandschutzprobleme die einzige Ursache sind, und errechnet aus dem Fortschritt bei deren Erbauung im letzten Halbjahr gemäß FRONTAL-Sendung die erforderlichen Zeiträume, so ergibt sich ein anderer Termin! Wenn sich im letzten Halbjahr ein Fertigstellungsfortschritt von 75% auf 78% ergab, d.h. 6% pro Jahr, aber noch 22% der Arbeit zu erledigen ist, dann ergeben sich noch 3 Jahre und 6 Monate bis zur Fertigstellung. Dann wären wir im November 2015. Rechnet man hierzu noch 9 bis 12 Monate für Erprobung und Zertifizierung, so ergäbe sich August bis November 2016 für die Inbetriebnahme. Da aber ein neuer Flughafen nach aktueller Logik wohl nicht im Winter in Betrieb gehen soll, wären wir schon im Frühjahr 2017 angelangt - aber 2016/2017 muß ja die BER-Nordbahn auf 3000 m Länge erneuert werden, weil sie schon marode ist! Da wäre dann wohl im März 2018 mit der Eröffnung zu rechnen - wenn alles gut geht? März 2018 statt März 2013 - nur ein Druckfehler, weil man von den vorgelegten Unterlagen "keinen blassen Schimmer" hat? Aber nein! Auch 2018 steht als BER-Eröffnungstermin noch in den Sternen, denn neben Brandschutz-Anlage und Nordbahn sind da vor allem noch die "riskante Finanzierung" und das "Problem Südbahn" zu nennen. Der BER-Kreditrahmen ist ja schon jetzt überschritten, und ob bei solchen "Aussichten" noch darüber hinaus Kredit erhältlich ist, erscheint als fraglich. Und dann ist noch die Südbahn nach Recherchen von Bürgervereinigungen entgegen den Vorschriften des in EU und Bundesrepublik als höherrangiges Recht geltenden ICAO Doc.9184 ausgerichtet worden, was bereits mehrfach an Landes- und Bundesregierung herangetragen wurde - bisher ohne sichtbare Konsequenzen!

Hieraus kann sich nur eines ergeben: Das bisherige Berliner Flughafensystem muß noch für Jahre im Status Quo verharren, und es müssen umgehend Planungen für einen Ersatzflughafen Sperenberg oder an einem andren Ort gemäß den Ergebnissen des Raumordnungsverfahrens von 1994 beginnen, um im Berliner Raum für die Zukunft den Erfordernissen des Luftverkehrs gerecht werden zu können, wie dies vom BVBB, Bürgerinitiativen und der CDU-Landtagsfraktion im Brandenburger Landtag gefordert wurde - aber als privat finanziertes Vorhaben in der Hand von Fachleuten, damit das dann auch wirklich klappt, und unter möglicher Weiter- und Nachnutzung bisheriger Anlagen in Schönefeld, damit wieder Geld in die Staats- und Landeskassen gespült wird!

An so manchen Satz aber in Redebeiträgen aus den Reihen der Regierungsfraktionen während der Parlamentssitzung am Montag, in welchem die wirklichen Probleme mit keinerlei Wort Erwähnung fanden, mußte ich am Abend des gleichen Tages beim Fernseh-Satire-Gipfel denken, als ich den Satz hörte: "Wenn die Sonne der politischen Kultur niedrig steht, werfen selbst Zwerge lange Schatten!"

Dr.G.Briese, Eichwalde

Verfasser: Dr.Günter Briese, Stubenrauchstr.71, 15732 Eichwalde

Tel.: (030) 6759728, Handy: 0173.6447603

Eichwalde, am 23.05.2012



- Dr.Günter Briese -

N a c h w o r t zu vorstehendem Beitrag

Bei Archivierungsarbeiten fiel mir dieser Beitrag von vor drei Jahren in die Hände. Er könnte auch aus der Jetztzeit stammen, denn an der Problemlage hat sich innerhalb der vergangenen drei Jahre kaum etwas geändert - außer den Namen der Akteure natürlich!

Und die Schätzung "2018 statt 2013" ist, noch immer ohne die gebliebene "riskante Finanzierung" und das "Problem Südbahn" zu berücksichtigen, die noch genau so unklar sind, wie vor drei Jahren, wohl auch nicht so schlecht geraten!?

Die Ursache hierfür wurde heute der MAZ K.W. im Zusammenhang mit der Fehlbezeichnung der neuen BVBB-Vorsitzenden Christine Dorn als "Flughafengegner" statt "Standortgegner" per E-Mail übermittelt: das gesellschaftliche Krankheitsbild Ignorantäsie gepaart mit Tabuismus, Subalternämie und Claqueurismus!

Eichwalde, am 23.3.2015

EICHWALDER BÜRGERINITIATIVE FÜR FLUGSICHERHEIT, ECHTEN SCHALLSCHUTZ UND NACHTFLUGVERBOT
in der Bürger-Initiative NOTWEHR Anlieger BER Ost-West-Aktions-Gemeinschaft,

Dr.-Ing. Günter Briese

E-Mail: drgbriese@gmail.com Mobil: 0173 / 644 78 03

in enger Zusammenarbeit mit der SCHULZENDORFER INTERESSENGEMEINSCHAFT GEGEN FLUGLÄRM,
und der Interessengemeinschaft Altanschießer Schulzendorf (IGAS)
Stübenrauchstraße 71, 15732 Eichwalde

Brandenburgisches Landesamt für Denkmalspflege
und Archäologisches Landesmuseum (BLDAM)
- Direktor -

Herrn Landesarchäologen Prof. Dr. Franz Schopper

Wünsdorfer Platz 4 - 5

15806 Zossen / OT Wünsdorf

Eichwalde, den 1. Februar 2017

Az. AZ. : Io + EG

Ihr Schreiben vom 28. November 2016

Ihr Zeichen Dr. Ralph Paschke,

Dezernat Inventarisierung und Dokumentation

Mein Schreiben vom 26. September 2016 und 27. Januar 2017

A n t r a g auf Unterdenkmalsschutzstellung

des Flughafens Berlin-Brandenburg (BER);

A n t r a g s b e k r ä f t i g u n g

aufgrund aktueller Ereignisse;

N a c h t r a g zu meinem Schreiben vom 27. Januar 2017

Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Schopper,

in meinem letzten Schreiben hatte ich im Hinblick auf aktuelle bauwirtschaftliche, umweltschutzbezogene und rechtliche Probleme lediglich beiläufig auf die zu diesem Zeitpunkt noch aktuellen Berliner Aufsichtsratsbesetzungsprobleme hingewiesen.

Die nunmehr bekanntgewordene Besetzung des Aufsichtsrates durch Kultursenator Klaus Lederer und Justizsenator Dirk Behrend sehe ich jedoch als antragsnachtragsergänzungsrelevant i.S. der Unterstützung von Unterdenkmalsschutzstellungsbemühungen zum BER an, weshalb ich hiermit nochmals an Sie, sehr geehrter Herr Professor, herantrete.

- 1999-2014 45 Jahre Autor zu Volkswirtschaftslehren in zwei Wirtschaftssystemen
- 1957 Betrieblicher Techniker-Abschluß, Elektro-Apparate-Werke Berlin-Traktor
- 1957 Ing. für elektrische Anlagen und Geräte, Fachschule für Schwemmschiffbau und Elektrotechnik Berlin-Lichtenberg
- 1973 Hochschul-Ing. für Elektrotechnik-Technologie, Humboldt-Universität zu Berlin, Sek. Elektrotechnik
- 1973-75 Diplomierung und Promotion als Erbauer mit Untersuchungen zur Systematisierbarkeit von Entwurfsprozessen aller Art mit Hilfe von heuristischen, Simulations- und algorithmischen Programmen
- 1972, 1974 Ehrendoktor und Hochschulprofessor der Humboldt-Universität von Berlin
- 1957-64 Akademie-Dozent für Mathematik, Physik und technische Fächer
- 1990-96 Rechtsberater und Bearbeiter juristischer Grundstofffragen im REINOLD WILHELM (1945)
- 1994 Lehr- und Vortragstätigkeit zu allgemeinen Rechts- und Sozialfragen im Auftrage des Landesparlamentes Cottbus
- 1953-73 Selbständiger Konstrukteur
- 1973-91 Ingenieur für entwicklungsbegleitende Standardisierung/Normung
- 1994 Bauleitplaner
- um 1990 Veröffentlichung "Zur Thematik Prebrennstoffmischungen" mit der Berechnung möglicher fertigungsbedingter Maßabweichungen für Typen, Sorten und Chargen für Duroplast-Formstoffteile, MASTE UND TAUISCH
- 1966 Wissenschaftliche Arbeit zum Schutze der Volkswirtschaft gegen das Sinken des wissenschaftlich-technischen Niveaus im Ausschuss Kunststoffverarbeitung (Veränderung der Einführung des sowjetischen Ost-Toleranz- und Passungssystems zugunsten der Einführung des internationalen ISA/ISO-Toleranz- und Passungssystems)
- 1962-70 Leiter privater interdisziplinärer Forschungsgruppe zur Studie zur Substitution von Metall durch Plast in der Volkswirtschaft I.A. des ASW Berlin (Teil1: Ermittlung erforderlicher Aufgaben für Forschung/Entwicklung und Standardisierung, Teil2: Entwicklungs-aufgabenfolge-Netzplan, Kosten-Nutzen-Analyse) mit den Co-Autoren Dr. Wilfried Scheef, Zentrallaborleiter für Kunststoffverarbeitung Leipzig und Dipl.-Phys. Dieter von Straßdorff, TU Dresden
- 1962-69 Berechnung der Relation von geometrischer Toleranz (statist. Methode) zu mathematischer Toleranz (wert-Öse-Methode) für Maßketten zur Erzielung von Fertigungskostenminimierung durch größere Bauteiltoleranzen (unveröffentlicht, aber erprobt)
- um 1970 Ermittlung der Parameter des Elastifizierungsprozesses von Duroplastformteilen aus Abmaß-Häufigkeits-Verteilungen, Öffnungswartung der Sektion Kunststoffverarbeitung einer der internationalen Fachtagungen MASTPoleis der Komar der Technik, Dresden
- um 1975 Analyse des volkswirtschaftlichen Rückkopplungs der Sowjetunion im Rahmen des Promotionsverfahrens, Humboldt-Universität zu Berlin
- 1980 Wissenschaftliche Arbeit zum Schutze der Volkswirtschaft gegen das Sinken des wissenschaftlich-technischen Niveaus (Veränderung der Einführung der sowjetischen Zuverlässigkeitsmethoden in der Maß-, Steuer- und Regelungstechnik)
- 1980 Dissertationsskizzenfassung in FEMERREITERIE 29(1980) H.4 S.182
- Jan. 1990 Vorschläge zum Übergang der Volkswirtschaft von der Planwirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft mit ökonomischen Skizzen über NEUES FORM an Zentralen Runden Tisch und Regierung
- 1996/97 Vorschlag zur Einführung einer Tobin-Steuer (Spekulations-Dämpfung) und eines neuen Bretton-Woods-Abkommens (fests Wechselkurs) an die Oppositions-Parteien des Deutschen Bundestages zur Bewältigung von Globalisierungsproblemen noch vor der ERO-Einführung
- 2003-04 Vorschläge zur Einführung des Bruttoverdienstes (BSE) als volkswirtschaftliche Kenngröße für den Beitritt zur ERO-Zone an die Bundesregierung und an die Landesregierung Brandenburg
- 2003-09 Vorschläge zu kurz- und mittelfristigen Maßnahmen für die Bewältigung der Welt-Finanz- und Wirtschaftskrisen sowie zur Vermeidung ähnlicher Krisen
- 1994-2014 Kritischer Begleiter des Entscheidungsprozesses Flughafen Berlin Brandenburg International (BER) durch Veröffentlichungen, Petitionen, Vorträge, Vorschläge, Auswertungen und Presse-Informationen und -Erläuterungen im Rahmen der EICHWALDE ER FÜR FLUGSICHERHEIT, ECHTEN SCHALLSCHUTZ UND NACHTFLUGVERBOT in der Bürger-Initiative NOTWEHR Anlieger BER
in enger Zusammenarbeit mit der SCHULZENDORFER INTERESSENGEMEINSCHAFT GEGEN FLUGLÄRM (vgl. <http://berlin-brandenburg-2.de> sowie www.eichwalde.com und www.bvib-er.de)
- 2015 Auszeichnung zum 50. Eichwalder Rosenfest mit der EHRENMEDAILLE FÜR BESONDERE VERDIENSTE

- Die Besetzung der Aufsichtsratsposten durch einen Kultursenator und einen Justizsenator stieß nämlich wegen der in der Presse bisher lediglich breit diskutierten Bauprobleme vielfach auf völliges **Unverständnis** /2/, /4/, /5/, /7/, bestärkt mich dagegen aus für mich nachvollziehbaren Gründen /1/ darin, daß zumindest der **Berliner Senat** inzwischen anerkennt, daß die wahren Probleme anderer Art sind!

- Während noch vor kurzer Zeit weitgehendes Einverständnis dazu bestand, den Aufsichtsrat durch **Baufachleute statt Politiker** zu besetzen, was das Land Brandenburg wenigstens mit der Entsendung von Nichtpolitikern aus IHK und Investitionsbank teilweise verwirklichte /3/ und trotz PFB-Landeszuständigkeit Staatssekretäre statt Minister entsandte, entsandte Berlin nun ausschließlich nur Senatoren und eben nicht Staatssekretäre!
W a r u m all dies ?

- Der Brandenburger Schwerpunkt "**BER-Finanzierung**" wird zwar so recht deutlich sichtbar - aber was hat die Entsendung der Berliner **Kultur- und Justizsenatoren** zu bedeuten ?

- Sinn der Berliner Entsendung erkennt man, wenn man zusätzlich zur Senatorenfunktion noch **Senatoren-Ausbildungen und -Erfahrungsgebiete** betrachtet /5/:

- . der **Kultursenator** ist auch zuständig für Europa, hat Erfahrung in der **Sozialarbeit** und promovierte zum Dr.jur. zur **Privatisierung des Wassersektors** ;
- . der **Justizsenator** hat Erfahrungen im Verwaltungsbereich, Erfahrungen zur **Antikorruptions-Kontrolle** und ist **Richter am Verwaltungsgericht Berlin**, und er promovierte zum Dr.jur. zur **Prüfungstätigkeit des Bundesrechnungshofes a u ß e r h a l b unmittelbarer Bundesverwaltung !**

Dies legt bezüglich des Berliner Senats nahe,

- daß man vom **Schwerpunkt Baufertigstellung abgerückt** ist,

- den neuen **Schwerpunkt Recht** bezüglich

- . Verstößen gegen EU-Recht mit Auswirkungen auf die **BER-Zertifizierung**
- . dem sich daraus rechtlich ergebenden **Zertifizierungserfordernis** für den Flughafen Tegel TXL,
- . dem sich daraus rechtlich ergebenden **Schwerpunkt der FBB-Entflechtung** in eine Flughafenbetriebsgesellschaft SXF-TXL und eine **BER-Projektgesellschaft** zur finanziellen Absicherung des Erhalts des derzeitigen Berliner Flughafensystems SXF + TXL und

. die sich aus alledem ergebende haftungsrechtliche Problematik einschließlich entsprechender Einflußnahme von Landesrechnungshöfen und Bundesrechnungshof wegen der erforderlichen Umprofilierung des BER vom Flughafen in ein Flughafen-Museum erkannt hat.

- Insofern ist die Berliner BER-Aufsichtsratsneubesetzung nicht als "lächerlich" zu betrachten, wie dies der Berliner CDU-Geweralsekretär Evers vertritt, anzusehen, sondern als **wohlüberlegte Aktion**, gemäß Senatskanzlei als "**Signal politischer Verantwortungsübernahme**" /4/, was u. a. die Besetzung mit einem **kulturpolitisch entscheidungsbefugten Senator** bezüglich einer BER-Unterdenkmalsschutzstellung im Gegensatz zur Landesregierung Brandenburg noch besonders unterstreicht.

- Auch die **wasserrechtswirtschaftliche Fachkompetenz des Kultursenators** macht angesichts andauernder Vorwürfe gegen den Märkischen Abwasser- und Wasserzweckverband (MAWV) zur EU-rechtswidrigen BER-Co-Finanzierung durch Wasser- und Abwasser-Beiträge und -Gebühren durch vom MAWV ebenfalls versorgten Haushalten durchaus Sinn !

- Ich sehe deshalb sowohl einer baldigen Übergabe des BER-Projektes in die Hände des von Ihnen geleiteten Landesamtes, sehr geehrter Herr Professor, wie auch dessen musealer Vermarktung mit Unterstützung des Berliner Kultursenators sehr hoffnungsvoll entgegen !

Berlin ist jedenfalls auf den erwartbaren BER-Projekt-Crash bereits sehr gut vorbereitet.

Bitte wirken Sie durch Ihre Antragsstattgabe daran mit, daß dies auch in unserem Bundesland recht bald der Fall ist !

Mit freundlichen Grüßen



Dr.G.Briese, EICHWALDER BI FÜR FLUGSICHERHEIT,
ECHTEN SCHALLSCHUTZ UND NACHTFLUGVERBOT

L i t e r a t u r v e r z e i c h n i s :

/1/ <http://berlin-brandenburg-21.de>

/2/ <http://www.tagesspiegel.de/berlin/...>

/3/ <http://www.pnn.de/brandenburg-berlin/...>

/4/ [http://www.rbb.online.de/politik/flughafen ...](http://www.rbb.online.de/politik/flughafen...)

/5/ www.bild.de/regional/berlin/flughafen-...

/6/ <http://www.tagesspiegel.de/berlin/flughafen...>

/7/ die Tageszeitung, 01.02.2017, S.22 / Berlin aktuell

vorgen. Internetveröffentlichungen beziehen sich auf Meldungen am 31.1.2017 und 01.02.2017

Dr.-Ing. Günter Briese

E-Mail: drgbriese@gmail.com Mobil: 0173 / 644 78 03

in enger Zusammenarbeit mit der SCHULZENDORFER INTERESSENGEMEINSCHAFT GEGEN FLUGLÄRM

Stubenrauchstraße 71, 15732 Eichwalde

Brandenburgisches Landesamt für Denkmalspflege
und Archäologisches Landesmuseum (BLDAM)

- Direktor -

Herzog Landesarchäologen Prof. Dr. Franz Schopper

Wünsdorfer Platz 4 - 5

15806 Zossen / OT Wünsdorf

Eichwalde, den 27. Januar 2017

Az.: Io. + EG

Ihr Schreiben vom 28. November 2016

Ihr Zeichen Dr. Ralph Paschke,

Dezernat Inventarisierung und Dokumentation

Mein Schreiben vom 26. September 2016

A n t r a g auf Unterdenkmalsschutzstellung
des Flughafens Berlin-Brandenburg (BER);
A n t r a g s b e k r ä f t i g u n g
aufgrund aktueller Ereignisse

Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Schopper !

1. Hiermit sehe ich mich veranlaßt, die in Ihrem
Auftrage durch Herrn Dr. Paschke erfolgte Ableh-
nung mit Schreiben vom 28. September 2016 an den
Bund für soziales und ziviles Rechtsbewußtsein,
dessen Antrag ich unterstützte, ablehnend zu hinter-
fragen und seine Korrektur zu fordern.

Dies deshalb, weil man den BER m. E. durchaus als
Denkmal und als Zeugnis deutscher Geschichte betrach-
ten kann, weil es sich bei diesem um das erste welt-
weit internationalem Lachen ausgesetzten Werk deut-
scher Ingenieurkunst infolge exekutiver Fehlsteuer-
ung handelt und welches deshalb durchaus der Reihe
"Zeugnisse menschlicher Geschichte" zuzuordnen ist.
Auch die aktuellen Ereignisse unterstreichen die Be-
gründetheit der hierzu in Anstrich 1 meines vorge-

1969-2014 45 Jahre Autor zu Vollschriftstufensystemen
in zwei Wirtschaftssystemen

1952 Betrieblicher Techniker-Abschluß,
Elektro-Apparate-Werke Berlin-Treptow

1957 Ing. für elektrische Anlagen und Geräte,
Fachschule für Schweißmaschinenbau und
Elektrotechnik Berlin-Lichtenberg

1973 Hochschul-Ing. für Elektrotechnik,
Humboldt-Universität zu Berlin, Sect. Elektronik

1973-75 Diplomierung und Promotion als Doktor
mit Untersuchungen zur Systemleistungsbereit-
von Erzeugnisprozessen aller Art mit Hilfe von
heuristischen, Simulations- und algorithmischen
Prozessen

1972, 1974 Fachpreisgeber und Humboldtpreisgeber
der Humboldt-Universität von Berlin

1957-64 Akademie-Doktor für Mathematik, Physik
und technische Fächer

1990-96 Rechtsberater und Bearbeiter juristischer
Gutachtenfragen im DEUTSCHEN RECHTSBUND (DRB)

1994 Lehr- und Vortragstätigkeit zu allgemeinen
Rechts- und Sozialfragen im Auftrag des
Landesinstitutes Cottbus

1953-73 Selbständiger Konstrukteur
1973-91 Ingenieur für entwicklungsbegleitende
Standardisierung/Normung

1994 Bauleitplaner

um 1960 Veröffentlichung "Zur Thema Fertigstellungszustand"
mit der Berechnung möglicher fertigungsbedingter
Maßabweichungen für Typen, Sorten und Chargen
für Duroplast-Formstoffteile, KASTE UND KAUTSCHUK

1966 Wissenschaftliche Arbeit zum Schutze der
Vollwirtschaft gegen das Sinken des
wissenschaftlich-technischen Niveaus zur
Ausweitung der Plastverarbeitung
(Verhinderung der Einführung des sozioökonomischen
Out-Toleranz- und Passungssystems zugunsten
der Einführung des internationalen
ISA/ISO-Toleranz- und Passungssystems)

1969-70 Leiter privater interdisziplinärer Forschungsgruppe
zur Studie zur Substitution von Metall durch Plastik
in der Volkswirtschaft I.A. des ASW Berlin
(Teil I: Ermittlung erforderlicher Aufgaben
für Forschung/Entwicklung und Standardisierung,
Teil II: Entwicklungs-Aufgabenfolge-Netzplan,
Kosten-Nutzen-Analyse)
mit den Co-Autoren
Dr. Wilfried Schauf, Zentrallaboratorium für
Plastverarbeitung Leipzig und
Dipl.-Phys. Dieter von Straudtz, TU Dresden

1968-69 Berechnung der Relation von geometrischer Toleranz
(statist. Methode) zu arithmetischer Toleranz
(norm-Case-Methode) für Maßketten zur Erzielung
von Fertigungskostenminimierung durch präzise
Bestelltoleranzen (unveröffentlicht, aber erprobt)

um 1970 Ermittlung der Parameter des Elastizitätsprozesses
von Duroplastformstoffen aus Abmaß-Berücksichtigungs-
Verordnungen, Eröffnungsvertrag der Section
Plastverarbeitungstechnik einer der Internationalen
Fachtagungen KAST/Plastik der Kammer der Technik, Dresden

um 1975 Analyse des volkswirtschaftlichen Führungsplanes
der Sozialisten im Rahmen des Prognoseverfahrens,
Humboldt-Universität zu Berlin

1980 Wissenschaftliche Arbeit zum Schutze der
Vollwirtschaft gegen das Sinken des
wissenschaftlich-technischen Niveaus
(Verhinderung der Einführung der sozioökonomischen
Zweckmäßigkeitsmethoden in der Maß-, Steuer- und
Regelungstechnik)

1980 Dissertationskürzfassung in FEINSTRICHTECHNIK
29(1980) I.A. S. 182

Jan. 1990 Vorschläge zum Übergang der Volkswirtschaft
von der Planwirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft
mit Konkreten Schritten über NEUES FORM an
Zentralen Bundes Tisch und Regelung

1996/97 Vorschlag zur Einführung einer Tobin-Steuer
(Spekulations-Abgabe) und eines neuen
Bretton-Woods-Abkommens (feste Wechselkurse)
an die Oppositions-Parteien des Deutschen Bundestages
zur Bewältigung von Globalisierungsproblemen
noch vor der EURO-Einführung

2003-04 Vorschläge zur Einführung des Bruttoerzeugnisproduktes
(BEP) als volkswirtschaftliche Kenngröße für den
Beitrag zur EURO-Zone an die Bundesregierung und
an die Landesregierung Brandenburg

2008-09 Vorschläge zu kurz- und mittelfristigen Maßnahmen
für die Bewältigung der Welt-Finanz- und Wirtschafts-
Krisen sowie zur Vermeidung ähnlicher Krisen

1994-2014 Kritischer Begleiter des Entscheidungsprozesses
Eingreifen Berlin Brandenburg International (EBI)
durch Veröffentlichungen, Petitionen, Vorträge,
Vorschläge, Auswertungen und Presse-Informationen
und -Berichtungen im Rahmen der EICHWALDE IZ FÜR
FLUGSICHERHEIT, ECHTEN SCHALLSCHUTZ UND
NACHTFLUGVERBOT in der Bürger-Initiative
NOTWEHR Anlieger BER
in enger Zusammenarbeit mit der
SCHULZENDORFER INTERESSENGEMEINSCHAFT GEGEN FLUGLÄRM
(vgl. <http://berlin-brandenburg-zi.de>
sowie www.eichwalde.com und www.bvbb-ev.de)

nannten Unterstützerschreibens angeführten Argumente.

2. Die aktuellen Ereignisse,

- Eröffnungsverschiebung mit z.Z. noch unbenennbarem Datum aufgrund von Steuerungsproblemen der Türen und der Sprinkler-Anlage unterstreichen meine Argumentation gem. **Anstrich 2 Anpunkt 1** meines Schreibens.
- Die Aufforderung der Gemeinsamen Oberen Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg (LuBB) an die FBB GmbH, zu geplanten Erweiterungsbauten zunächst UVP-Ergebnisse beizubringen sowie eine PFB-Änderung zu veranlassen, verdeutlichen die bisherige Fehlplanung, weil dies zuvor nicht erwogen wurde, und damit die Begründetheit meiner Argumentation in **Anstrich 2 Anpunkt 2 und 3** meines Schreibens.

Ferner war m.W. bisher das Ergebnis einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) für den PFB nicht nachweisbar, was meine Einschätzung zum Flughafenzertifizierungsausschluß bestätigt wie auch die aktuellen Brandschutzprobleme über meinerseits angeführte hinaus.

Das einzigste bebringbare UVP-Dokument wäre das Ergebnis des Raumordnungsverfahrens von 1994 - aber dies ist gegen aktuelle BER-Ausbaupläne gerichtet!

- "Lärmschutz" nach "FBB-Hausherrenart" erhielten bisher nur 137 Objekte von vielen Tausenden, was nun eine Klage der Kanzlei BAUMANN RECHTSANWÄLTE hierzu neben vielen weiteren geplanten Klagen veranlaßte - gerade auch i.Vbdg. mit dem meinerseits zitierten "Schallschutzprogramm auf Anfang"!

Dies bestätigt meine Argumente gem. **Anstrich 3** meines Schreibens i.Vbdg. mit **Anstrich 4** meines Schreibens.

- Der Parallelbetrieb Schönefeld (de facto SXF) - Tegel TXL wird mit den meinerseits in **Anstrich 5** meines Schreibens benannten Gründen inzwischen von mehreren Fraktionen des Berliner Abgeordnetenhauses gefordert, und die Ultrafeinstaub-Gesundheitsschädigung wurde erst heute früh in der 3sat-Sendung nano ausdrücklich bestätigt, sowohl bezüglich Krebs-Auslösung als auch selbst Säuglingsschädigung noch im Mutterleib !

- Zu **Anstrich 6** meines Schreibens steht eine Antwort sowohl von der Europäischen Kommission als auch des Europäischen Parlamentes zur Genehmigungsbegründung noch immer aus, und eine Begründung hierfür dürfte dazu infolge der aktuellen BER-Pannen kaum noch möglich sein.

- Unter den vorgeg. Umständen dürfte sich selbst der extraordinäre BER-Umnutzungsvorschlag gemäß Anstrich 7 meines Schreibens nicht wesentlich von bekannten Fakten zum BER-Projekt abheben, jedoch dürfte selbst dieser aufgrund aktueller Brandschutzprobleme nicht einmal mehr verwirklichtbar sein !

Nach den FBB-Daten gem. BERaktuell Januar 2017 dürfte eine BER-Eröffnung zwar noch frühestens 2019 unter Ausschluß der BER-Südbahn-Inbetriebnahme evtl. möglich sein, wenn man Baufortschrittsdaten zum Bauarbeiten-Restbedarf in Beziehung setzt, jedoch ist mit den aktuellen Brandschutzmängeln selbst diese Berechnung bereits wieder überholt, obwohl erst etwa zwei Wochen alt!

Dies wegen der "99%-Dauerangabe" zur Verkabelung, welche sich aktuell als Märchen entlarvt.

Legt man zugrunde, daß 2012 keine Tür funktionierte, jetzt aber bereits jede 5.Tür, so ergibt sich gem. diesem Baufortschritt aus Netzplanerwägungen zum jeweils kritischsten Realisierungspfad ein BER-Inbetriebnahmetermin 2042/2043 - aber ohne BER-Südbahn !

Dies aber bestätigt wieder einmal, daß es sich beim BER bereits jetzt um ein architektonisches Denkmal handelt, welchem als Zeitgeistausdrucks-Materialisierung Denkmalsstatus gebührt.

Ich denke diesbezüglich auch an den bekannten Spruch "Wenn die Sonne der politischen Kultur niedrig steht, werfen selbst Zwerge lange Schatten!", eben diesen in Form eines Denkmalsschutzstellungserfordernisses in seiner so vielfältigen Außergewöhnlichkeit, deren ich mir durchaus bewußt bin !

Aber aufgrund der für den Flugbetrieb geltenden scharfen internationalen Sicherheitsbestimmungen kann beim BER nun einmal nicht nach der Devise "Stapellauf ist Stapellauf - und wenn drei Planken fehlen!" gehandelt werden.

Für das BER-Projekt kann es weder anfangs noch jemals eine präzisierte Aufgabenstellung gegeben haben, und eine solche liegt auch gem. Pressemeldungen bis heute nicht vor, sonst würden in das Brandschutzproblem involvierte Firmen nicht noch hunderte von aktuellen Änderungen seitens der FBB GmbH bezüglich ihnen dazu vorgeworfener Schuldzuweisungen beklagen!

Auf solche Weise kann ein Großprojekt niemals realisiert werden !
Und die falsche Denkungsart als politische Desaster-Ursache, Tabuismus gepaart mit Subalternämie, Ignorantäsie und Claqueurismus, hat sich ja augenscheinlich nicht geändert ! Man denke nur an die verspätete Unterrichtung des Abgeordnetenhauses von Berlin über die aktuelle neue Inbetriebnahmeverschiebung erst nach Beschließen der erneuten Finanzmittelfreigabe! Aber auf Dauer wird bei der Vielzahl offener Probleme und von Rechtsverletzungen beim BER-Projekt auch kein *corriger la fortune* im The-Donald-Inaugurationsfeier-Erfolgs-Kommentierungs-Stil das Projekt noch "retten" können! Es bleibt also nur ein Denkmalsschutzstatus übrig! Und nun gibt es halt Aufsichtsratsbesetzungsprobleme - erklärlich !

Und wenn sich dieser Stil nicht ändert, wird dies wohl solche Folgen haben, wie sie der CDU-Volkswirt Carsten Linnemann / MdB in seinem neuen Werk "Die machen doch eh, was sie wollen", kommentiert in der heutigen MAZ im Interview "Die Elite entkoppelt sich", geschildert.

Z.Z. scheint es jedenfalls so, als ob sich einige Projekt-Verantwortliche bereits seit Jahren mit "alternativen Fakten" im postfaktischen Zeitalter befinden! Und das hat ja auf das ganze Land fiskalische Auswirkungen negativer Art auf vielerlei Gebieten.

3. Aus den vorgen. Gründen bitte ich Sie hiermit, sehr geehrter Herr Professor, um Ihre persönliche Einflußnahme bezüglich einer erneuten Prüfung und Genehmigung des Antrages.

Für Ihre Bemühungen danke ich Ihnen und verbleibe in Erwartung einer zustimmenden Antwort

mit freundlichen Grüßen



Dr.G.Briese, EICHWALDER BI FÜR FLUGSICHERHEIT,
ECHTEN SCHALLSCHUTZ UND NACHTFLUGVERBOT

A n l a g e n :

- Beitrag "BER-Eröffnung 2018 statt 2013?.." vom 23.05.2012 mit Nachwort vom 23.03.2015 (Hinweis: Diese Schätzung war noch bis Anfang 2017 aktuell !)
- Pressebeitrag "Flughafen-Vertreter brüskiert Abgeordnete", MAZ 26.01.1017 S.13
- Pressebeitrag "Die Elite entkoppelt sich", MAZ 27.01.2017 S.5